

Merz zur Zukunft der Union

Aufstehen, Rolle annehmen und arbeiten!

Wenn wir die Opposition kraftvoll führen, leisten auch wir einen Dienst an unserem Land. Kontrolle der Regierung heißt nicht nur Nein-Sagen. Ein Gastbeitrag.

Von FRIEDRICH MERZ



© AFP

Freut sich auf die Opposition: Friedrich Merz

Das Wahlergebnis ist eindeutig, und die Ampel wird aller Voraussicht nach kommen. Die Union geht nach 1969 und nach 1998 in diesem Jahr erneut in die Opposition.

Wir haben diese Wahl aus eigenem Verschulden verloren, aber der Blick in den Rückspiegel zeigt selten den richtigen Weg nach vorn. Fünf Gedanken für diesen Weg nach vorn:

Erstens: Die Union muss das Wahlergebnis so akzeptieren, wie es ist und die Rolle der Opposition annehmen. Das mag dem einen oder anderen, der nur das Regieren gewöhnt ist, schwerfallen, aber Opposition ist nicht das fünfte Rad am Wagen, sondern konstitutiver Bestandteil jeder demokratischen Ordnung. Wenn wir die Opposition kraftvoll und kompetent führen, leisten auch wir einen Dienst an unserem Staat, wir machen unser Land dadurch besser – und genau dafür sind wir gewählt.

Zweitens: Kontrolle der Regierung heißt nicht nur Nein-Sagen oder gar maßlose Kritik an allem und jedem. Umgekehrt sollte die zukünftige Regierung sich hüten vor einem „Wir brauchen die Opposition nicht.“ Sie braucht uns sehr wohl, im Bundesrat, für Grundgesetzänderungen und in Krisenlagen. Die Arbeit im Parlament und in der Öffentlichkeit muss daher hart in der Sache und zugleich fair im Umgang miteinander ausgetragen werden. Wenn die Regierung in unseren Augen etwas richtig macht, dürfen wir es nicht ablehnen, nur weil es von der Regierung kommt. Umgekehrt müssen wir bereit sein, Nein zu sagen, wenn es aus unserer Sicht falsch ist, auch wenn der öffentliche Druck in die

andere Richtung geht. Und Kompromisse müssen möglich bleiben, ohne die Unterschiede zu verwischen.

Sacharbeit statt Surfen auf der Welle des Zeitgeistes

Drittens: Autorität und nachfolgend die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler erwächst nicht im eleganten Surfen auf der Welle des Zeitgeistes, sondern nur in überzeugender Sacharbeit und mit überzeugenden Personen. Die Sacharbeit muss die Union in der Opposition jetzt aus eigener Kraft leisten, ohne Rückgriff auf die Apparate und die Expertise einer Regierung. Das wird anstrengend. Darin liegt aber auch eine große Chance. Denn unser Land neu zu denken und unsere Werte zugleich zu schützen, kann auch Freude machen, neue Kreativität freisetzen und attraktiv sein für neue Mitglieder und für neue Wählerschichten.

Viertens: Die innere Konsistenz der Antworten, die wir geben, erfordert eine umfassende Beteiligung unserer Mitglieder und die Einbeziehung ihrer Einschätzungen und Lebenserfahrungen. Der große Erfolg der Union in den siebziger Jahren bestand in der Öffnung der seinerzeitigen Honoratiorenpartei hin zu einer Mitgliederpartei. Aber durch Tod und Austritte haben wir in den letzten 20 Jahren die Hälfte unserer Mitglieder wieder verloren.

Die Union hat es trotzdem als selbstverständlich vorausgesetzt, die Nummer 1 im deutschen Parteienspektrum zu sein und zu bleiben. Das haben die Wählerinnen und Wähler in Deutschland am 26. September anders gesehen. Das Konzept der „asymmetrischen Demobilisierung“ hatte schon vorher zu einer Erosion des eigentlich notwendigen Diskussionsprozesses geführt. Darüber haben wir die Meinungsführerschaft in allen wichtigen politischen Themen verloren. Folgerichtig liegen wir bei den Wahlen auch in keiner Wählergruppe mehr vorn, noch nicht einmal mehr bei den über 60-jährigen.

Daraus folgt fünftens: Wir sind jetzt frei, neu zu denken. Die Welt ist nicht schwarz oder weiß, aber die Union steht auf einem festen Wertefundament, wir sind und bleiben dem christlichen Menschenbild verpflichtet. Alle Antworten, die wir in Zukunft geben, müssen daher die Lebenschancen der jungen Menschen in den Blick nehmen.

Generationengerechtigkeit ist die neue soziale Frage unserer Zeit. Das gilt für die Umweltpolitik ebenso wie für die Sozialpolitik, die Bildungspolitik, die Wirtschaftspolitik und den Umgang mit den öffentlichen Haushalten.

Die Abstimmung mit den Füßen hat dabei längst begonnen: Jedes Jahr verlassen uns über 40.000 junge Menschen und suchen in anderen Ländern der Welt ihr Glück. Dabei hat es selten zuvor im Arbeitsmarkt und als Unternehmer/in in Deutschland mehr Chancen gegeben als gegenwärtig. Aber offenkundig gilt unser Land gerade bei den Jüngeren als zu schwerfällig, zu verkrustet, zu wenig innovativ. Wird die Ampel daran etwas ändern? Das kann sein. In jedem Fall müssen wir uns mit diesen Fragen beschäftigen und dabei den Mut haben, beides zu tun: An Bewährtem festhalten, selbst wenn der Wind von vorn weht, und Überkommenes in Frage stellen, auch wenn ein „Weiter so“ einfacher wäre. Die CDU muss wieder aufstehen, aus ihrer Herkunft eine gute Zukunft wollen und sich selbstbewusst so formieren, dass im kommenden Jahr die wichtigen Landtagswahlen gewonnen werden.

Können wir das? Ja, wir können das, weil wir gerade in Oppositionszeiten schon zwei Mal den Mut hatten, diesen Weg zu gehen. Wir können das, weil wir nicht nur die Mitte Deutschlands sind, sondern die Achse dieser Republik. Und wir haben viele Mitglieder, die

das von uns auch erwarten. Denn „Nur wer selbst brennt, kann Feuer in anderen entfachen“
(Hl. Augustinus).

Quelle: F.A.Z.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2021
Alle Rechte vorbehalten.